

„Großes Interesse an Deutschland“

Bundespräsident Rau auf Staatsbesuch in Indien

Thomas Bärthlein

Er sei überrascht gewesen vom großen Interesse der Inder an Deutschland, so das Fazit von Bundespräsident Johannes Rau am Ende seines Staatsbesuchs, der ihn vom 1. bis 6. März nach Jaipur, Delhi und Hyderabad geführt hatte. „Und es ist auch wohl richtig, wenn man diagnostiziert, daß das Interesse, das Deutschland an Indien hat, doch stark überlagert wird von dem deutsch-chinesischen Interesse; und daß vielleicht Indien nicht so sehr im Bewußtsein der Deutschen ist, wie es das sein sollte.“

Zwölf Jahre ist es her, daß ein Bundespräsident in Indien war - damals, 1991, war es Raus Vor-Vorgänger Richard von Weizsäcker. Das war zu Zeiten des letzten Golfkriegs, und natürlich nahm auch diesmal die aktuelle Irak-Krise breiten Raum bei den politischen Gesprächen des Bundespräsidenten in Delhi ein. Rau und Staatsministerin Kerstin Müller warben für die Position der Bundesregierung, und sie hörten von der indischen Seite wenigstens keine Kritik. Auch Indien mache sich Sorgen um die ungeklärte Nachkriegs-Ordnung im Irak oder um die Millionen von Indern, die als Gastarbeiter am Golf leben, so wurde den Deutschen erklärt.

Austausch diplomatischer Floskeln

Doch das war nur die halbe Wahrheit: Öffentlich vertritt die indische Regierung, auch im eigenen Parlament, in der Tat einen Kriegs-kritischen Kurs. Andererseits will sie es sich mit den USA nicht verderben, sieht womöglich in der aktuellen Situation sogar eine Chance, strategische Vorteile gegenüber dem Nachbarn Pakistan herauszuholen. Auf dem Blockfreien-Gipfel in Malaysia, berichten *Insider*, hat Indien jedenfalls hinter den Kulissen alles getan, um die USA-kritische Entschlie-

ßung so weit wie möglich abzuschwächen.

Auch in der zweiten großen politischen Frage kam die Kommunikation offenbar nicht über diplomatische Floskeln hinaus: Aus dem Kashmir-Konflikt hält sich Deutschland weiter heraus. Langsam aber sicher scheint sich dennoch im Hintergrund abzuzeichnen, daß die deutsche Diplomatie zur Demokratie Indien als dem strategischen Partner in Südasien tendiert, während man das als „unberechenbar“ oder manchmal gar pauschal „fundamentalistisch“ eingestufte Pakistan in Berlin deutlich distanzierter sieht.

Johannes Rau sah ausdrücklich auch einen Zweck dieser Reise darin, Respekt



Die deutsch-indischen Beziehungen sind im Lot. Foto: Outlook

und Solidarität für die stabile indische Demokratie und ihre politische Kultur zum Ausdruck zu bringen. Mit indischen Intellektuellen traf er sich zu einer Diskussionsrunde über Globalisierung und Terrorismus. Dabei war es interessant zu beobachten, wie unterschiedlich dieses Thema beurteilt wird. Kerstin Müller, die grüne Staatsministerin im Auswärtigen Amt, sprach eine These aus, die zumindest auf Seiten der deutschen Linken viel Zuspruch findet: Es gebe Schattenseiten der Globalisierung, und die seien letztlich verantwortlich für den Terrorismus: „Ich denke, Armut, soziale Instabilität - das ist der Nährboden, auf dem Fundamentalismus, auf dem Terror gedeiht.“ Shekhar Gupta, Chefredakteur der Tageszeitung *Indian Express*, widersprach ihr am vehementesten: Daß diese Theorie nicht stimmt, sehe man am Beispiel der Krisen-Region Kashmir, so Gupta. Denn die indischen Muslime außerhalb Kashmirs hätten den Terrorismus nie unterstützt, weil Indien eine Demokratie sei, in der man sich auf andere Weise artikulieren könne. Auch die Terroranschläge vom 11. September hätten gezeigt, daß die These „Armut ist der Nährboden für Terrorismus“ nicht zutreffe: Die meisten Attentäter stammten aus Saudi-Arabien, einem reichen Land, aber eben mit gewaltigem Demokratie-Defizit. Demokratie als Rezept gegen Terrorismus - eine starke Botschaft für die Deutschen aus der „größten Demokratie der Welt“.

Die Wirtschaftsbeziehungen waren bei diesem Besuch kaum ein Thema, obwohl es nicht zum Besten steht: Trotz aller Standortvorteile (großer Markt, qualifizierte Fachkräfte, relativ geringe Löhne) sind die deutschen Direktinvestitionen in Indien rückläufig. Das kann nicht allein an der schwächelnden Konjunktur in Deutschland liegen, sondern hier läßt sich in der Tat die Vernachlässigung Südasiens im Vergleich zu China als Ursache ausmachen.

Studenten zieht es nicht nach Deutschland

Vor allem um die wissenschaftliche Kooperation ging es im südindischen Hyderabad, das sich anschickt, Bangalore

als IT-Hauptstadt Konkurrenz zu machen. Johannes Rau warb in einer Rede an der örtlichen Universität für ein Studium in Deutschland. Er könne verstehen, daß bei den meisten die USA oben auf der Wunschliste für ein Auslandsstudium stehe, so Rau, aber Deutschland sei auch eine Überlegung wert. Zur Zeit sind nur rund 2.000 Inder an deutschen Universitäten eingeschrieben (zum Vergleich: 14.000 Chinesen, mehr als 30.000 Osteuropäer). Die Gründe sind die bekannten, sie gelten auch für Studenten eines so „deutschen“ Fachs wie Philosophie: „Ich habe vor allem an das Sprachproblem gedacht“, sagt Vijitha Reddy, die dann eben doch in den USA war. Ihr Kommilitone Aman Tripathi hatte ursprünglich vor, sich in Deutschland zu bewerben, „aber es gab ein paar bürokratische Probleme.“ Die Anrechnung indischer *Bachelor-* und *Master-*Abschlüsse ist im angelsächsischen Raum immer noch einfacher, allen Reformen in Deutschland zum Trotz. Dennoch bekam der Bundespräsident viel Applaus für seine gewohnt nachdenkliche Rede vor den Studenten.

Erneuerbare Energien: „Falsche Rahmenbedingungen“

Indien wolle die Zusammenarbeit mit Deutschland auf dem Feld der erneuerbaren Energien intensivieren, wurde dem Bundespräsidialamt vor der Reise signalisiert. Und weil Deutschland in der Wind- und Solarstromerzeugung weltweit führend ist, nahm Hermann Scheer, SPD-Bundestagsabgeordneter und (unter anderem als Chef von *Eurosolar*) seit Jahren ein Vorkämpfer erneuerbarer Energien, die Gelegenheit wahr, Rau zu begleiten. Scheer war bereits mehrfach in Indien. Seine Bilanz fällt eher negativ aus: „Die Rahmenbedingungen sind völlig ungenügend. Man stützt sich - und das ist eine politische Fehlentwicklung in der gesamten Dritten Welt - immer dann, wenn es um Umweltinitiativen geht, auf Entwicklungshilfe. Und wenn keine kommt, dann fühlt man nicht für sich die Notwendigkeit, eigene politische Initiativen zu ergreifen.“

Und so ist Indien zwar das einzige Land

der Welt, das ein eigenes Ministerium für erneuerbare Energien hat. Aber die Politiker begeistern sich nach wie vor für Atomkraftwerke und Megastaudämme. Erst 3,5 Prozent der Energieerzeugung kommt aus Sonne, Wind, Biogas oder kleinen Wasserkraftanlagen. Auch wenn diese offiziellen Zahlen wohl zu niedrig liegen, weil sie die Selbstversorgeranlagen in vielen Dörfern nicht einschließen - es ist noch ein langer Weg, bis Indien sein Potential ausschöpft. Dabei wäre das eine große Entwicklungschance, wenn man bedenkt, daß 70 Prozent der ländlichen Haushalte keinen Zugang zum Stromnetz haben. Hermann Scheer ist jedenfalls entschieden gegen weitere Entwicklungshilfe für erneuerbare Energien in Indien, solange die indische Regierung selbst Diesel für die zahllosen Generatoren auf den Dörfern subventioniert, Solaranlagen aber nicht.

Fazit: Verpaßte Chancen

Es gibt keine nennenswerten Probleme in den deutsch-indischen Beziehungen. Wahrscheinlich sind sie dazu einfach nicht intensiv genug. Als Resümee dieses Staatsbesuchs bleibt das Gefühl, daß es viele Anknüpfungspunkte gäbe, um die Kooperation zu vertiefen. Anscheinend hat aber niemand so recht ein Interesse daran. Symptomatisch dafür ist auch das spärliche Medienecho - übrigens in beiden Ländern. **D**

Zum Autor: Thomas Bärthlein ist Redakteur der Deutschen Welle in Köln/Bonn und begleitete Bundespräsident Rau während seiner Indien-Reise.